

Dr. Bernig (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Gedenktage sind ein besonderer Anlass zum Nachdenken. Die geht in Ihre Richtung, Frau Hesselbarth: Die Linke hat nachgedacht! Sie hat aus ihrer Vergangenheit gelernt und Schlussfolgerungen gezogen,

(Gelächter bei der DVU)

und wir stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir denken international. Für uns sind alle Menschen gleich. Das sind die fundamentalen Unterschiede zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst am letzten Sonntag wurde in der Stadt Brandenburg an der Havel dem Nachdenken Rechnung getragen und für ein Jahr das Denkmal der grauen Busse aufgestellt. Mit diesem Denkmal wird der Euthanasieopfer gedacht, die im Ergebnis der „Aktion T4“ ermordet wurden, weil sie von den Nazis in menschenverachtender Weise als „lebensunwert“ eingestuft wurden. Brandenburg an der Havel ist der Ort, an dem mit der Ermordung von 9 722 Menschen am 18. Januar 1940 auch unter Nutzung von Gaskammern die Vernichtung von geistig und körperlich geschädigten Menschen begonnen wurde. Mögen viele Menschen die Möglichkeit nutzen, dieses Denkmal zu besuchen und darüber nachzudenken, wohin Menschenverachtung, die Missachtung des Individuums, wohin Rassismus und Antisemitismus sowie autoritär-diktatorische Machtstrukturen führen, nämlich ins Chaos. Die Greuelthaten des Nationalsozialismus dürfen niemals in Vergessenheit geraten, und ihre ideologischen Grundlagen und geistigen Entgleisungen des Denkens müssen immer wieder entlarvt werden. Nach wie vor gilt die Aussage: Wehret den Anfängen! - Kollege Baaske hat das sehr schön plastisch dargestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Handlungskonzept der Landesregierung „Tol-

rantes Brandenburg“ besteht in diesem Jahr seit mehr als zehn Jahren, und es ist erfolgreich.

TE

(Dr. Bernig)

Minister Rupprecht hat einen Teil der vielfältigen Aktivitäten genannt. Die Zielvorgaben des Handlungskonzepts sind aus unserer Sicht, aus Sicht meiner Fraktion, nach wie vor aktuell, aber auch entwicklungsfähig.

In der aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Bewegung in der Mitte - rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2008“ konnten die Autoren feststellen, dass wir es mit Ausnahme des Antisemitismus insgesamt mit einer Abnahme rechtsextremer Einstellungen zu tun haben. Gleichwohl ist die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland mit 46,7 % erschreckend hoch, wobei Brandenburg bei 34,6 % liegt. Und, Kollege Schrey, ich gebe Ihnen Recht: Zahlen sind nicht der Maßstab des Erfolges, aber es ist weiterhin erforderlich, überall Zivilcourage, Offenheit, Partizipation, Aufklärung und Bildung zu betreiben. Dabei ist der Hinweis aus der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wichtig, dass es besonders darum geht, noch viel mehr zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln, dabei einen langen Atem zu haben und Projekte auch dauerhaft anzulegen.

Hier sind wir bei einem Manko der Bundesprogramme, die diesen Kriterien nicht genügend Rechnung tragen, weil Projekte immer wieder neu aufgelegt werden müssen, örtlich begrenzt sind und nicht kontinuierlich über mehrere Jahre geführt werden können. So musste zum Beispiel in Fürstenwalde das Aussteigerprogramm „Exit“ über eine Übergangsförderung bewahrt werden, da die laufenden Programme halt nicht passten. Trotzdem hat unter anderem das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ in Brandenburg die Bildung von zehn lokalen Aktionsbündnissen unterstützt. Das ist gut, aber eine noch größere Breite im Land sowie Nachhaltigkeit und Kontinuität wären erforderlich. Auch meine Vorredner der demokratischen Parteien haben darauf hingewiesen. Das Vorhaben „mobil für Demokratie“, das die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gemeinsam mit den Partnern im Beratungsnetzwerk entwickelt, ist dafür ein Schritt in die richtige Richtung, um rechtsextremistischen Ein-

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

stellungen und Handlungen noch nachhaltiger zu begegnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Aktions- und Reaktionsbedarf gibt es auch weiterhin beim Agieren gegen rechtsextremistisches Handeln, wie es sich im Wahlverhalten und bei der Begehung von Straftaten zeigt. Kritisch müssen wir konstatieren, dass die rechtsextremistischen Parteien zwar nicht flächendeckend bei den Kommunalwahlen 2008 antreten konnten; aber dort, wo sie Kandidaten für die Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen aufgestellt haben, sind diese auch zum Teil gewählt worden, wenn sie auch nirgendwo Fraktionsstärke erreichten. DVU und NPD konnten ihren Stimmenanteil landesweit auf 3,4 % gegenüber 2003 erhöhen. Das reicht nicht für die Überwindung der 5%-Hürde bei den Landtagswahlen, und das soll auch so bleiben. Ich sage das nicht, weil ich undemokratisch bin, sondern weil wir aus der Geschichte gelernt haben und wissen, dass Rechtsextremisten die Möglichkeiten der Demokratie nutzen werden, um sie schließlich selbst abzuschaffen. An dieser Stelle findet die berühmte Brandenburger Toleranz ihr Ende.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und vereinzelt bei der SPD)

Mit ihren vermeintlich einfachen Antworten auf die berechtigten Sorge und Nöte der Menschen sind die rechtsextremen Parteien nicht die Lösung des Problems, sondern selber das eigentliche Problem. Im Gegenzug heißt das für uns demokratische Parteien, im Rahmen und unter Weiterentwicklung der Demokratie Lösungen anzubieten, die den Menschen unter anderem die gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglichen.

Die Autoren der Friedrich-Ebert-Stiftung haben auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren beim Zustandekommen der politischen Einstellungen hingewiesen. Die Akzeptanz der Demokratie hängt unter anderem auch vom wirtschaftlichen Wohlstand ab. Für die Wege dorthin gibt das Grundgesetz, dessen 60. Jahrestag wir

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

in diesem Jahr feiern, einen weiten Handlungsspielraum. Das Grundgesetz ist eine bewusste Reaktion auf die Zeit der Nazidiktatur. Es sieht in Art. 20 Abs. 4 auch das Recht auf Widerstand vor.

In diesem Zusammenhang, meine ich, ist es auch legitim, zum friedlichen Widerstand aufzurufen. In den letzten Jahren haben Alt- und Neonazis jeder Couleur aus Europa ihren Aufmarsch zum 13. Februar, dem Tag der Bombardierung Dresdens, zum größten Treffen in Europa entwickelt, um Geschichtsklitterung zu betreiben. Ein breites Bündnis demokratischer Organisationen ruft deshalb bundesweit am 14. Februar 2009 zum Gedenken in Dresden auf, um diesen Aufmarsch der Rechtsextremisten friedlich zu stoppen. Wir sollten dieses Bündnis in seinem Anliegen ebenfalls aktiv unterstützen und Dresden genauso nazifrei machen wie Halbe.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Gebiet der politisch motivierten Kriminalität rechts ist festzustellen, dass rechtsextremistische Straftaten bundesweit weiter ansteigen. Für Brandenburg liegen abschließende Zahlen noch nicht vor. Mit Stand vom 31. Oktober haben wir 55 Gewaltdelikte und insgesamt 1132 Straftaten zu verzeichnen, wobei hier die Nachmeldungen noch nicht eingeflossen sind. 2007 waren es 93 Gewaltstraftaten und 1361 Straftaten insgesamt. Wir stagnieren also offenbar weiter auf hohem Niveau, wobei erfreulicherweise die Gewaltstraftaten offenbar zurückgegangen sind.

Besonders brutal war allerdings der Mord an dem 55-jährigen Bernd K., der am 22. Juli 2008 in Templin in seiner Werkstatt von zwei seit Jahren in der rechtsextremen Szene aktiven jungen Männern erschlagen wurde. Dazu kam, dass zunächst durch den Bürgermeister die Existenz einer rechtsextremistischen Szene in der Stadt bestritten wurde, obwohl es in den vergangenen Monaten und Jahren dokumentiert

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

und polizeibekannt mehrere Übergriffe auf Punks, Linke und vermeintliche Ausländer durch rechte Schläger gegeben hatte – ein Zeichen dafür, dass das Handlungskonzept der Landesregierung noch nicht überall angekommen bzw. wirksam ist. Es bestätigt sich die Erkenntnis: Dort, wo sich die Bürgermeister und die Abgeordneten aller demokratischen Parteien über Trennendes hinweg an die Spitze der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen stellen, dort gibt es auch zivilgesellschaftliches Engagement und auf Dauer Erfolg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke an dieser Stelle allen Menschen der Zivilgesellschaft, in der Politik, in der Wirtschaft, der Bildung, der Kultur und in den Gewerkschaften, kurz: in allen gesellschaftlichen Bereichen, für ihr Engagement gegen den Rechtsextremismus und für eine starke und lebendige Demokratie.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Tun wir gemeinsam das uns allen Mögliche, um den Rechtsextremisten keine Chance zu geben und den Wiedereinzug oder den Einzug einer rechtsextremistischen Partei in den Brandenburger Landtag zu verhindern.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und stellenweise bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit ist die Rednerliste für die aktuelle Stunde erschöpft. Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde

Drucksache 4/7132